

8. JUNI 1962

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

Bonn, den 8. Juni 1962

P/XVII/120

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1 - 2

Dortmund und Köln

93

Bilanz zweier Parteitage  
Von Franz Barsig

3 - 4

Die 7b - Löwer

68

Misstände auf dem Baumarkt

5 - 5a

Preisdemagogie

81

Die Geprellten und die Schuldigen

6

Das Tuthorn der CDU

39

ADK nach zehn Jahren Propagandatätigkeit

7

Die jugoslawischen Veränderungen

49

Tito warnt vor "Hexenjagd"

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

\* \* \*

\* \*

Chefredakteur Günter Markscheffel

Dortmund und Köln

Bilanz zweier Parteitage

Von Franz Barsig

Es ist sicherlich so, dass alle eine kleine Atempause brauchten, um in Ruhe abzuwägen, was auf den drei Parteitagen der letzten zwei Wochen in Düsseldorf, Köln und Dortmund geschehen ist. Düsseldorf, den Parteitag der FDP, kann man sehr kurz abhandeln, denn einmal ist diese Partei - gemessen an den beiden anderen - eine kleine Partei, und letzten Endes hat dieser Parteitag in nichts anderem bestanden, als in der Bestätigung der Mehrheiten, die sich in den heftigen Auseinandersetzungen im Oktober und November vergangenen Jahres zur Regierungsbeteiligung unter Konrad Adenauer und mit der CDU entschieden haben. Diese Koalition ist in der Zwischenzeit schon durch manchen Sturm zerzaust worden und erst die kommenden Monate werden Aufschluss darüber geben, ob sie überhaupt Bestand hat.

Viel wesentlicher ist es, die Parteitage von SPD und CDU zu vergleichen, denn diese beiden Parteien sind es, die letzten Endes das Schicksal der Bundesrepublik bestimmen, ganz gleichgültig, ob sich die eine in der Regierung und die andere in der Opposition befindet.

Glatte Fehlanzeige

Beginnen wir mit den Personalien. Der CDU-Parteitag in Dortmund hat sie nicht lösen können. Dabei ist das Problem der Parteiführung weniger interessant, denn bevor die CDU als Partei die Wirksamkeit und die politische Kraft - wenn überhaupt - erlangen kann, ist mit Sicherheit der Termin herangekommen, zu dem der Führungswechsel in der Regierung so oder so erfolgt ist. Dabei wird weit eher die Fraktion denn die Partei das entscheidende Wort zu sprechen haben. Auf diesem Gebiet aber ist Dortmund eine glatte Fehlanzeige, denn weder hat Dr. Adenauer verbindlich ein Datum für seinen Rücktritt genannt, noch hat er sich wenigstens zu der von einem Delegierten ihm ans Herz gelegten Geste entschließen können, Erhard die Hand zur demonstrativen Versöhnung zu reichen. So bleibt dieses Problem offen; wir teilen nicht den Optimismus, man habe Adenauer mit der sogenannten Parteireform bereits "eingemauert", das neugeschaffene Präsidium könne ihn jetzt bei jeder neuen Krise, die er verursacht, in die Zange nehmen und zwingen, dann nachzuholen, was Dortmund im vorparlamentarischen Raum versäumt hat.

Nachdem der CDU-Parteitag die Kraft nicht aufbrachte, dieses Problem vorab zu klären, stehen ihr - und in diesem Falle auch der CSU - harte Zerreißproben bevor und es wird sich zeigen, ob in so kurzer Zeit aus dem "Wahlverein Adenauer" eine Partei werden kann.

Ein völlig anderes Bild zeigt der Parteitag der SPD in Köln. Hier sind klare Entscheidungen in personeller Hinsicht erfolgt. Die Wahl Willy Brandts zum stellvertretenden SPD-Vorsitzenden hat gezeigt, dass der Kanzlerkandidat von 1961 nach dem Wahlausgang vom September nicht in der Parteiversenkung verschwand, sondern bei aller Respektierung seiner

erliner Aufgabe zu den führenden Männern der SPD gehört und an ihren Entscheidungen an wichtigster Stelle mitwirkt.

Aber auch in der Sache selbst herrschte in Dortmund Verschwommenheit, in Köln Klarheit brachte. Es wäre zu einfach, wenn man sich nur darauf beschränken würde, den Kölner Parteitag als die endgültige Bestätigung des Odesberger Programms zu bezeichnen. Wer die angenommenen Entschliessungen im einzelnen analysiert, der wird feststellen, dass hier nicht nur Parteidokumente beschlossen worden sind, sondern dass die darin festgelegte Politik jederzeit auch die Verhandlungsbasis bei der Neubildung einer Regierung abgeben kann oder mit den in Köln gefassten Entschliessungen bei jeder Gelegenheit der Wähler neu entscheiden und klar absehen kann, was die SPD will.

### Kompromisse ohne Saft und Kraft

Die Dortmunder Entschliessungen der CDU hingegen sind Kompromisse ohne Saft und Kraft. Jeder politische Beobachter sollte einmal genau vergleichen, was Heur Katzer im Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgeführt hat, und was nachher in der Schlussresolution des Parteitages wiederzufinden ist. Von seinen Forderungen ist nur der unverbindliche Satz über die Änderung des Kartellgesetzes im Hinblick auf marktbeherrschende Unternehmen erhalten geblieben und von seinem ganzen Programm einer breiten Streuung des Eigentums findet sich nur die verwaschene Bitte an die Bundesregierung wieder, doch zu prüfen, ob das über den sogenannten Invest-Lohn möglich ist. Die einstimmige Annahme dieser Entschliessung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es jetzt erbitterte und verbitterte Debatten in den Sozialausschüssen, in der katholischen Arbeiterbewegung geben wird. Das gleiche gilt für das sogenannte Sozialpaket, das der treueste Schildknappe Dr. Adenauers, Arbeitsminister Blank, ankündigte von dem aber niemand erfuhr, wie es in Wirklichkeit aussehen soll.

Es klingt nach aussen sicherlich markig, wenn man sich in Dortmund als Sohn der westfälischen Erde vorstellt, die SPD in plumper Art und Weise so angreift und für den Arbeitnehmerflügel in der CDU - ist Blank noch ihr Sprecher? - unumstössliche Weisheiten verkündet und apodiktisch voraussetzt, dass sich die Arbeitnehmer in der CDU immer so und nicht anders verhalten werden. In einigen Monaten wird man sich widersprechen, wenn der Inhalt des Sozialpakets auf dem Tische liegt, der dann nicht nur auf die Widersprüchlichkeiten und einzelnen Flügel in der CDU/BSU Rücksicht nehmen muss, sondern auch noch die Koalition wie ein Klotz am Bein hängen hat.

### Widersprüche - versteckt in Globalformulierungen

Aber diese Divergenzen sind nicht nur im sozialpolitischen Bereich festzustellen; sie erfassen ebenso generell die Wirtschaftspolitik, die Innen- und die Kulturpolitik dieser Partei. Ein aufmerksamer Beobachter hat registriert, dass die SPD ungefähr zehnmal so viele Entschliessungen verabschiedete wie die CDU. Es ist ihm dabei nur entgangen, dass die SPD dazu in der Lage war, weil sie auch im Detail der einzelnen Probleme einen einmütigen Willen bekunden kann, während die CDU hinter Globalformulierungen ihre inneren Widersprüche verstecken muss.

Wir meinen deshalb, dass auf die Dauer die Bilanz der beiden Parteitage für die SPD fruchtbarer sein wird. Niemand kann sagen wann der Sturm losbricht. Die SPD hat dann ein wetterfestes Haus. Die CDU eine dürftige Schutzhütte, die jeder Sturm umwerfen kann. Das Dach ist heute schon so schadhaft, dass der Regen hereinpeitscht.

Die 7b - Löwen

sp - Nach den Pfingsttagen werden sich die zuständigen Bundestagsausschüsse erneut mit der Umgestaltung der Steuervergünstigungen nach § 7b des Einkommensteuergesetzes beschäftigen. Es sollen zunächst Sachverständige gehört werden. Wahrscheinlich wird eine schnelle Entscheidung gar nicht erwünscht sein; denn auch die FDP, die zunächst mit grosser Bravour und mit viel Initiative gegen die Mißstände des § 7b EStG vorgegangen ist, ist inzwischen unter den Druck der zahlreichen Interessenten-Eingaben und der vielen massiven Verbandsdrohungen Angst und Bange bekommen.

Der CDU, deren Wirtschaftsminister das Wort von den Baulöwen benutzte, geht es nicht viel anders. Niemand will mehr an 7b und seinen Vorteilen für die vielen Interessenten etwas ändern. Es ist kaum anzunehmen, dass schon in Kürze eine Beseitigung der Mißstände erreicht wird, die ja jetzt bereits auf Tagungen nicht mehr als Mißstände, sondern als "Bürgerrechte" bezeichnet werden. Man sollte in diesen Verhandlungen das Bundesfinanzministerium einmal um eine Aufstellung angehen, wieviel Steuervergünstigungen etwa in den letzten zehn Jahren allein auf Grund des § 7b EStG in weiten Kreisen verstreut gegeben worden sind. Nur das Ministerium wird sagen können, ob diese Steuergeschenke weit über vier oder fünf Milliarden DM hinausgehen. Vor einiger Zeit ist einmal darauf hingewiesen worden, dass die Vergünstigungen jährlich 300 bis 400 Millionen DM ausmachen. Es nimmt deshalb nicht wunder, dass gerade der haushaltsbedrängte Minister Starke immer wieder an diese Steuervergünstigungen denkt.

Verschiedene Auswirkungen der Steuervergünstigungen

Dabei sollte allerdings Klarheit herrschen, dass niemand die Absicht hat und haben kann, die Steuervergünstigungen in den Fällen unmöglich zu machen, ja in den Fällen von Mißbräuchen zu sprechen, wo die Steuervorteile dem echten, von der Regierung geförderten Einzeleigentum und der eigengesetzten Eigentumswohnung zugute kommen. Es geht um ganz andere Mißbrauchserscheinungen, für die sicherlich in den Beratungen nach Pfingsten mancherlei Beispiele gegeben werden. Diese aber sollten endlich beseitigt werden, selbst wenn es sich um "legale" Mißbräuche handelt.

Es geht auch nicht darum, mit einer Einschränkung oder Abänderung der Steuervergünstigungen des § 7b EStG nur das Gegenstück dafür zu finden, weil auch der soziale Wohnungsbau für die Minderbemittelten durch die Sperre der Haushaltsmittel in § 8 des Haushaltsgesetzes in diesem Jahre noch

8. Juni 1962

mehr betroffen wird, als dies schon Jahr für Jahr durch den Abbau der öffentlichen Mittel um 10 Prozent geschieht. Die SPD hat ausdrücklich in ihrem Antrag vorgesehen, dass die Steuervergünstigungen des § 7b EStG grundsätzlich in ihren Mißbraucherscheinungen untersucht und umgestaltet werden. Alle diejenigen, denen es um die Steuervergünstigung für den echten Eigenheimbau geht, sollten sich nun nicht aus einer falschen Interessensucht dagegen sträuben, dass die Mißbräuche des § 7b EStG offen dargelegt, bekanntgegeben und möglichst schnell abgestellt werden.

#### Gleicher Start aller Bauherren ?

Es ist auch falsch, was jetzt in der erregten Diskussion um die Steuervergünstigungen immer wieder gesagt wird, die Steuervergünstigung des § 7b EStG sei nur das Gegenstück zur Steuervergünstigung der Gemeinnützigen und es ginge um den gleichen Start aller Bauherren. Dr. Brecht, Wohnbauexperte der SPD, hat schon vor einiger Zeit in einem Rundfunkgespräch mit Staatssekretär Prof. Hettlage sehr eindringlich auf die sehr beachtlichen Unterschiede dieser beiden Steuervergünstigungen hingewiesen: Die Steuervergünstigungen der Gemeinnützigen kommen ausschliesslich und müssen ausschliesslich den letzten Konsumenten, den Wohnungsnutzern, zugute kommen, während die Steuervergünstigungen des § 7b EStG sich nicht in billigeren Mieten für die Mieter niederschlagen, auch nicht in geringeren Erwerbskosten der Einfamilienhäuser, sondern beim Bauherrn sitzen bleiben und nur ihr zugute kommen. Auch wenn ein solcher Bauherr durch § 7b EStG 100 000 DM oder mehr Steuervergünstigungen erzielt, gibt er diese nicht an die Wohnungsmieter oder an die Eigenheimerwerber weiter, sondern sie fließen ausschliesslich in seine eigene Tasche. Dadurch werden die Mieter nicht billiger und dadurch werden auch die Eigenheime nicht billiger verkauft. Im Gegenteil! Die Steuervergünstigungen des § 7b treiben vielfach die Preise für Bauland und die Baupreise noch höher, weil ja keine Kontrolle dafür sorgt, dass die Vorteile dem letzten Konsumenten weitergegeben werden müssen.

Es ist deshalb gar nicht so ungerecht, dass kein anderer als der Bundeswirtschaftsminister das vor einigen Jahren in Nordrhein-Westfalen erstmals aufgekommene Schlagwort von den "Baulöwen" aufgegriffen und im Zusammenhange mit dem § 7b EStG verwendet hat. Er meinte die 7b-Baulöwen.

### Preisdemagogie

rd. - Prüft man den Tenor der von der Regierung, Wirtschaft und Wirtschaftspresse tendenziös geführten Auseinandersetzung um Preise und Löhne, so lautet er: die Lebenshaltungskosten sind erheblich gestiegen und steigen weiter, darum haltet mit den Löhnen Maß, damit sich das Tempo der Preissteigerungen nicht noch verschärft. Voraus geht jeweils die Behauptung, die Löhne hätten die Preisschraube erst in Bewegung gebracht. Der Bericht des Wirtschaftsministeriums nennt dazu folgende Zahlen: Vom April 1960 bis April 1961 seien die industriellen Erzeugerpreise um 1,3 Prozent, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 11,7 Prozent und damit die Nahrungsmittelpreise um 7,1 Prozent und die Kosten der Lebenshaltung insgesamt um 4,6 Prozent über das Vorjahrsniveau gestiegen.

Unterstellen wir ruhig, der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise, um 1,3 Prozent, sei auf die Abwälzung der erhöhten Löhne und Gehälter zurückzuführen, ohne dabei zu untersuchen, ob die erhöhte Leistung pro Arbeiterstunde - Produktivität - nicht ein Auffangen der Lohnerhöhungen ermöglicht hätte. Was haben dann aber die Preissteigerungen für Agrarerzeugnisse mit den Lohnerhöhungen zu tun, wenn von den insgesamt 21 Millionen Arbeitnehmern im Bundesgebiet nur etwa 350 000 in der Landwirtschaft tätig sind, und wenn der Lohnanteil am Verkaufserlös wie auch an den Betriebsausgaben der Landwirtschaft ständig und stark sinkt? Das Bundeswirtschaftsministerium verweist denn auch schamhaft auf den "saisonüblichen" Preisanstieg, der durch den verlängerten Winter besonders hoch ausgefallen sei. So erweist sich also die Unterstellung, der Lohn treibe die Preise, schon an diesen Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums als unwahr. Das gleiche ist auch bei den Mieten, beim Bauland und den Baupreisen seit Längem nachgewiesen.

Wie umgekehrt die Preise aber den Lohn- und Gehaltszuwachs aufzehren, dafür gab die Tarifabteilung der IG Bergbau ein nachprüfbares, eindrucksvolles Beispiel. Die nun mit Streik drohenden Bergarbeiter hatten im Oktober 1960 eine Lohnerhöhung um 4,5 Prozent erhalten, im Juli 1961 nochmals fünf Prozent. Die Lebenshaltungskosten stiegen von Oktober 1960 bis Juni 1961 um 3,3 Prozent, und vom Juli 1961 bis April 1962 um nochmals 4,5 Prozent. Das bedeutet, die Lohnerhöhungen seit 1960 wurden fast völlig von den steigenden Preisen aufgezehrt.

Aber haben nun die steigenden Löhne und Gehälter gerade dieses Bergbaubeispiels nicht zu erhöhten Kosten der Förderung und damit zwangsläufig zu steigenden Kohlenpreisen geführt? In der angeführten Periode verminderte sich die Bergbaubelegschaft um mehr als 100 000, also etwa 20 Prozent, wobei aber die Kohleförderung voll aufrechterhalten wurde. Die Lohnkosten im Bergbau sind also nicht etwa gestiegen, sondern gesunken.

8. Juni 1962

Dieses Beispiel ist nur eines für den Trend in der Industrie, der die These Erhards widerlegt, die ununterbrochen steigenden Löhne und Gehälter verschlechterten die industrielle Kostenstruktur, schmälerten die Gewinne, verminderten die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und ihre Wettbewerbsfähigkeit. Daneben wird noch eine weitere These vertreten. So schrieb die "Deutsche Zeitung", die Preise seien immer dort am stärksten gestiegen, wo die öffentliche Hand im Spiele war, so z.B. bei kommunalen Tarifen, Baupreisen, Mieten und Lebensmitteln. Das möge jene Politiker warnen, die sich von weiteren Staatseingriffen in die Wirtschaft Nutzen für die Verbraucher versprechen.

In der Tat kann man kaum bestreiten, dass unsere Regierung in den weitaus meisten Fällen dann eingriff, wenn es Erzeuger- oder Besitzinteressen zu schützen galt. Diesen ausschliesslich gegen die Verbraucher gerichteten Eingriffen wie Einfuhrlicenzen, Einfuhrabgaben als Zollersatz, Zeit- und Mengenbeschränkungen der Einfuhr, Ausführsubventionen usw. verdanken wir den Zustand, den das Wirtschaftsministerium heute beklagt: die Unterversorgung des Binnenmarktes, die den Preisen ständig neuen Auftrieb gibt. Aber es ist ein Zustand, den gerade Erhard aufrechterhalten möchte, um ebenso ständig neue Devisenüberschüsse zu erzielen.

Es ist auch nicht zu bestreiten, dass die Mieterhöhungen, die freigegebenen und danach steigenden Baulandpreise, die öffentliche, besonders militärische, Nachfrage nach Bauleistungen Schuld der Regierung am steigenden Preisniveau sind; aber eben dieser Regierung, und nicht des Staates. Eine verbraucherfreundlichere Regierung hätte nicht nur auf das Automobilpreisniveau, sondern mehr auf das Preisniveau für Güter der Lebenshaltung Rücksicht genommen.

Gegenüber der Demagogie von der Lohn-Preis-Spirale wirkt die Mahnung des Deutschen Industrie- und Handelstages an die Regierung, zu verhindern, dass uns der EWG-Markt neue Preiserhöhungen bringt, wohltuend. Das ist auch die Forderung der SPD. Die Regierung könnte für Preisstabilität sorgen. Erhard behauptet, er habe ein ausreichendes Instrumentarium dafür verfügbar. So wird er und die Regierung die Schuld tragen, wenn die sozialen Auseinandersetzungen härter werden, öfter mit Streik gedroht und schliesslich auch gestreikt wird. Die Arbeitnehmer haben es satt, immer nur die Geprellten und angeblich auch noch die Schuldigen zu sein.

+ + +

### Das Tuthorn der CDU

W.P. - Mit Schmunzeln werden die Funktionäre der sogenannten Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise die Herzlichkeit registriert haben, mit welcher Bundeskanzler Dr. Adenauer kürzlich auf ihrer Jubiläumsveranstaltung in der Godesberger Stadthalle dem weitgehend unbekanntem "Präsidenten" Jahn dafür dankte, "das politische Denken und das politische Gefühl des deutschen Volkes lebendig" gemacht zu haben. Dass der Bundeskanzler den "Präsidenten" zum "Doktor" avancieren liess, war peinlich. Denn der "Präsident" Jahn darf füglicherweise nur "Dipl. sc. pol." vor seinen Namen setzen, einen Grad, der während des Hitlerregimes von politischen Hochschulen verliehen wurde. Aber seit er sein Amt als Kreissekretär der CDU in Husum aufgab und einem Rufe des damaligen Staatssekretärs Dr. Lenz zur Gründung der ADK folgte, ist es wohl öfter vorgekommen, dass die Titel verwechselt wurden. Man sollte dem "Präsidenten" Jahn nicht unterstellen, er habe derartigen Verwechslungen Vorschub geleistet.

Den bundesdeutschen Regierungschef drängte es auf dieser Veranstaltung - nach zehn Jahren - die "massgebliche Beteiligung" seines früheren Staatssekretärs und CDU-Freundes Dr. Lenz an der ADK-Gründung hervorzuheben und den "treuen und stets für uns tätigen erfolgreichen Mitarbeitern", die haupt- oder ehrenamtlich bei der ADK beschäftigt sind, für ihre Arbeit zu danken. Politische Arbeit, meinte der Kanzler, könne mit Erfolg nicht geleistet werden, "wenn man nicht innerlich davon erfüllt ist, wenn man nicht dazu gedrängt ist, für das Ideal, das einem vorschwebt, immer unermüdlich tätig zu sein".

Dagegen wäre nichts grundsätzliches einzuwenden, hätte diese Veranstaltung nicht den Eindruck erweckt, es seien allgemeine politische Ideale, wie sie allen Demokraten vorschweben, die von der ADK vertreten werden. Das ist aber nicht der Fall. Adenauer dankte in Wirklichkeit den Berufspropagandisten der CDU-Politik, die aus Mitteln des Bundeskanzleramtes dafür bezahlt werden, mit der Tarrkappe aufzutreten. Aus diesem Grunde lehnen auch SPD und FDP eine Zusammenarbeit mit der ADK ab. Allerdings auch aus dem anderen, dass sie - besonders in Wahlkämpfen - sich des Heckenschützenfeuers aus dieser Propagandazentrale zu erwehren haben. Die politischen Ideale, von denen Adenauer sprach, sind also CDU-Ideale und die ADK, die sich rühmen darf, seit ihrem Bestehen 16,4 Mio DM öffentliche Mittel für die Popularisierung Adenauers und seiner Politik ausgegeben zu haben, ist nichts anderes als das Tuthorn der CDU. Bis heute vermochte nicht einmal die FDP als Koalitionspartner in der Bundesregierung daran etwas zu ändern.

## Die jugoslawischen Veränderungen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Eine Welle der Ernüchterung geht durch Jugoslawien, seitdem Staatspräsident Tito Anfang Mai ein recht düsteres Bild der Wirtschaftssituation des Landes entworfen hat. Vorbehaltlose Zustimmung bei den breiten Massen, die während der letztjährigen, von einer ungesunden Inflation gekennzeichneten Wirtschaftsentwicklung vorwiegend benachteiligt waren, und verbreitete Befürchtungen unter den bisher privilegierten Schichten, kennzeichnen die Stimmung. Die aufgestaute politische Unzufriedenheit ist in den ersten Tagen so stark durchgebrochen, daß der Präsident sich gezwungen sah, vor einer "Hexenjagd" gegen alle Direktoren und leitenden Angestellten in den selbstverwalteten jugoslawischen Betrieben zu warnen.

Nach dieser emotionalen Erregung sind nunmehr auch die ersten konkreten Maßnahmen erfolgt. In vielen Kreisen sind die Preise auf das Niveau vom Dezember 1961 administrativ zurückgeschraubt worden. Die außerordentlich scharfe Lohndifferenzierung soll demnächst verringert und gleichzeitig die Mindestlöhne der Masse der ungelerten Arbeiter angehoben werden. Wohl mehr aus politisch-optischen als wirtschaftspolitischen Gründen ist die Einfuhr gebrauchten und neuer Automobile radikal untersagt worden.

Die Regierung hat sich zwecks Durchführung größerer Intervention um drei Mitglieder erweitert. Gleichzeitig ist jedoch in Form eines Koordinierungsausschusses eine engere "Regierungsgruppe" gebildet worden, die nun selbst alle wichtigen Entscheidungen fällen wird. Das vor Jahren beseitigte Außenhandelsministerium ist wieder zum Leben zurückgerufen worden. Auch die Planungskommission wird mehr Kompetenzen als bisher erhalten. Eine Fülle von Maßnahmen also, die nicht darüber hinwegsehen lassen, daß der Staat stärker als bisher die Wirtschaftslenkung wieder in seine Hände zu nehmen gedenkt.

Gleichzeitig bedeuten diese Maßnahmen eine bedeutende Beschränkung der bisherigen marktwirtschaftlichen Grundorientierung im jugoslawischen Wirtschaftssystem. Die Zeit größerer Zentralisierung ist trotz aller Versicherungen angebrochen, daß die betriebliche Arbeiterselbstverwaltung durch all dies nicht berührt werden soll. Inwieweit man sich dabei trotz Wahrung gewisser Institutionen den Wirtschaftsmodellen der Ostblockländer annähern wird oder aber nur eine mittlere Linie zwischen Markt- und Planwirtschaft einzunehmen gedenkt, bleibt abzuwarten.

Ungewiß sind auch noch die aus diesen Reformen notwendigerweise folgenden politischen Konsequenzen. Eine Erscheinung sollte jedoch schon heute aufmerksam registriert werden. Die Ostblockpresse und auch die Offiziellen gehen zumindest vorläufig über das eingestandene Versagen des jugoslawischen Systems stillschweigend hinweg - Albanien ausgenommen - . Warum man diesen Trupf der Jugoslawiens Position in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Ostblock entscheidend schwächt, nicht spielt, kann man vorläufig nur mutmaßen. Moskau will offensichtlich die gewünschte Verbesserung seiner Beziehungen zu Belgrad nicht erschweren. Daß man Jugoslawien dabei in einem solchen Maße entgegenkommt, läßt die Schlußfolgerung zu, daß Moskau in bezug auf Jugoslawien wichtigere Pläne hat und deswegen darauf verzichtet, den ideologischen Triumph schon jetzt auszukosten.